

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 60 38/39
Telefax: 6 86 846 ppbn d
Telefax: 21 06 54

Inhalt

Jochen Well MdB zu den Ausschreitungen gegen Asylanten in der ostdeutschen Stadt: Hoyerswerda ist überall.

Seite 1

Prof. Dr. Uwe Holz MdB zur Debatte des Europarates über die Wirtschafts- und Entwicklungspolitik der Industrieländer: Die Sprengkraft des Nord-Süd-Konfliktes erkannt.

Seite 3

Rezension:
Ingo Arend stellt das Friedensgutachten 1991 vor: Weltordnung im Übergang.

Seite 4

46. Jahrgang / 184

25. September 1991

Hoyerswerda ist überall!

Zu den Ausschreitungen gegen Asylanten in der ostdeutschen Stadt

Von Jochen Well MdB

Mitglied des Innenausschusses des Deutschen Bundestages und Bürgermeister von Recklinghausen

Hoyerswerda ist kein einsamer Ort in Ostdeutschland - Hoyerswerda ist überall, kein allein ostdeutsches Phänomen!

Seit Jahren klagen die westdeutschen Bürgermeister über eine Zuspitzung im Verhältnis Bürger-Asylanten/Aussiedler.

Als ich vor zwei Jahren unter anderem im 'Vorwärts' Bürgerreaktionen, Unmutsäußerungen, Bürgerinitiativen und auch Bürgerwehren beschrieb und für eine Kurskorrektur warb, hagelte es noch Proteste gegen meinen Artikel aus allen Teilen der Bevölkerung. Auch in der Politik geschah wenig bis auf theoretische Diskussionen und vereinzelte parteipolitische Profilierungsversuche. Ohnmächtig erlebten wir Kommunalpolitiker vor Ort die zunehmende Eskalation. Der Tag, an dem die latenten Spannungen offen zu Tage treten und eskalieren würden, war lange greifbar. Der Tag ist jetzt da.

Und wieder wird nicht nachgedacht und gehandelt, sondern es wird holzschnittartig vereinfacht.

"Nur den Artikel 16 / Grundgesetz unter Gesetzesvorbehalt stellen", heißt das bayerische Patentrezept. "Dann bekommen wir das alles in den Griff." Und der simple Umkehrschluß heißt, daß alle, die nicht für eine 16er Änderung sind, nun die Schuld für aufkommenden Unmut und Eskalation übernommen haben.

"SPD-Asylanten" - wie es bildhaft der CDU-Generalsekretär Volker Röhre formuliert. Als wenn man mit einem Grundgesetzartikel die Fluchtursachen in den Herkunftsländern beseitigen kann.

Was machen wir aber, wenn die Asylanten trotzdem kommen? Kein Gesetzesvorbehalt in Artikel 16 kann den Rechtsschutzanspruch nach Artikel 19 beseitigen! Und gerade die Rechtsschutzverfahren waren es, die bis zu vier und sechs Jahren liefen, und dadurch für Unverständnis und Unmut bei unserer Bevölkerung gesorgt haben.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Kemmler Umpanz
mit warmen Rohstoffen
Recycling-Papier



Auch eine Überwachung der rechtsradikalen Randalierer, durch die forcierte Einrichtung von Verfassungsschutzämtern, wie sie der Innenminister von Sachsen-Anhalt, Perschau, jetzt fordert, wird wenig helfen. Durch solche 'Topf-Deckel-Maßnahmen' verschwinden nicht die zunehmenden Verteilungskämpfe in unserer Gesellschaft. Wie steht es um die Arbeitsplatzperspektiven der jungen Leute, vor allen Dingen in Ostdeutschland? Wenn es so weitergeht wie bisher, dann werden alle Fremden als Bedrohung für die eigene bescheidene Lebensperspektive angesehen werden.

Wenn es weitergeht mit dem pauschalen Gerede über Wertten- und Zechenstilllegungen ohne soziale Absicherung für die Betroffenen, gibt es neue Hoyerswerdas! Dann muß man sich nicht wundern, daß jeder andere, der Anspruch auf Leistung aus dem sozialen System erhebt, ob er nun aus dem Ausland kommt oder ob er in Ostdeutschland wohnt, als lästiger Konkurrent empfunden wird.

Wenn es so weitergeht mit der Wohnungsnot, mit den Schlangen vor den Wohnungsämtern, weiter mit 2,5 Millionen (alte Bundesländer 1,5 Millionen) fehlenden Wohnungen, gibt es neue Hoyerswerdas!

Wer seit Jahren nach Wohnungen Schlange steht, der kennt auch schnell einen Aussiedler, der gerade einfach zu uns gekommen ist und schon jetzt eine neue Wohnung bekommt. Das macht dann Voreingenommenheit und blinde Wut.

Wer diese Ohnmächtigkeit und Wut seit Jahren erlebt und nicht erkennen kann, daß sich die Situation verbessern wird, der gibt dann allzu leicht all denen die Schuld, die unbeliebt sind, den Ausländern nämlich. Diejenigen aber, die für diese Situation politische Verantwortung tragen, rufen das klassische 'haltet den Dieb', rufen medienwirksam zur Asylantenjagd auf.

Daß offizielle Regierungspolitik sehenden Auges bei solch fehlender sozialer Symmetrie in eine solche Situation kommen kann, ist so oder so besorgniserregend. Entweder ist es Dummheit und fehlende Einsicht, das wäre schon fatal. Es gab genug konstruktive Vorschläge von der SPD oder aus dem kirchlichen Raum.

Skandalös wäre es aber, wenn hinter einer solchen Politik die Absicht stecken würde, daß unseren empörten Bürgern die Ausländer als Sündenböcke für eigenes Versagen vorgeführt werden.

Nein was jetzt mehr als Not tut, ist eine Kurskorrektur, ist globales Denken.

Natürlich müssen die Zuwandererzahlen begrenzt werden, natürlich muß Mißbrauch verhindert werden. Reichen die Maßnahmen zur Verfahrensverkürzung innerhalb der Möglichkeiten unseres Grundgesetzes nicht aus, was schnell abgeklopft werden muß, dann ist der Artikel 19 Grundgesetz so zu modifizieren, daß die Asylverfahren auf sechs bis acht Wochen begrenzt werden können. Wenn festgestellt wird, daß im speziellen Asylfall Artikel 16 GG und Menschenrechtskonventionen nicht greifen, muß zügig abgeschoben werden können.

Aber nicht nur Asylsuchende sind das Problem. Auch die größere Zahl der Aussiedler im Rahmen der Zuwanderung belastet uns stark. Vor Ort werden Asylanten und Aussiedler vielfach in einen Topf geworfen. Auch in dieser Frage muß mancher Politiker über seinen eigenen parteipolitischen Schatten springen.

Und auch das alles wird nicht ausreichen. Der Zuwanderungsdruck wird nicht nur bleiben, er wird eher noch zunehmen! Hier hilft nur konsequente Hilfe in den Herkunftsländern und ein ehrlicher Umgang mit einem sozial zu verantwortenden Einwanderungsgesetz.

Vor allem nimmt keine Grundgesetzänderung den gegenwärtigen Verteilungskampf aus unserer Gesellschaft. Gibt es hier nicht bald Perspektiven auf dem Arbeitsmarkt, bei den Wohnungen, bei den Kindergärten, wächst den Rechtsradikalen, die auf alle Fragen ja so einfache Antworten haben, eine reiche Ernte zu. 'Schuld sind die Asylanten', mit diesem Schlagwort

haben sie Hoyerswerda angesteckt. Wir dürfen nicht weiter die Biedermänner sein, die die Brandstifter gewähren lassen und die Brandherde "ausdiskutieren wollen". Handeln tut not!
(-/25. September 1991/rs/ks)

Die Sprengkraft des Nord-Süd-Konfliktes erkannt

Zur Debatte des Europarates über die Wirtschafts- und Entwicklungspolitik der Industrieländer

Von Prof. Dr. Uwe Holtz MdB

Mitglied der Parlamentarischen Versammlung des Europarats

Nach dem Zusammenbruch des Kommunismus in Zentral- und Osteuropa kann den westlichen Industrieländern keine selbstgefällige Pose empfohlen werden, sondern vielmehr die Bereitschaft, zu Veränderungen im Sinne einer "permanenten Perestrojka" bereit zu sein. Dies ist eine wichtige Quintessenz des Berichts der Parlamentarischen Versammlung des Europarats über die Tätigkeit der OECD.

Während der diesjährigen Herbstsession des Europarats stellten die Euro-Abgeordneten zusammen mit Kolleginnen und Kollegen aus Kanada, Australien, Neuseeland und Japan die OECD-Politik auf den Prüfstand. Sie bedauerten, daß die OECD-Länder mitverantwortlich für das bisherige Scheitern der GATT-Verhandlungen seien, in einer Reihe von Mitgliedsländern Arbeitslosigkeit, Inflation, Handelsbilanzungleichgewichte und Haushaltsdefizite zu hohen Raten erreichten, der Umweltschutz nicht ernst genug genommen werde und sowohl den Reformländern Osteuropas als auch den Entwicklungsländern faire Handelsbedingungen und ausreichende Hilfen - von Ausnahmen abgesehen - verweigert würden.

Die einstimmig von der Parlamentarischen Versammlung angenommene Entschließung erhebt bemerkenswerte Forderungen:

- Die OECD-Staaten sollen sich in den GATT-Verhandlungen für ein weltweit faires und offenes Handelssystem einsetzen, das auch Einkommensverbesserungen für rohstoffexportierende Entwicklungsländer vorsieht.
- Marktkräfte müssen ergänzt werden durch gemeinsame, OECD-weite Politiken, die eine auf Dauer tragfähige, arbeitsplatzschaffende, sozial gerechte und umweltverträgliche Entwicklung gewährleisten.
- Die Industrieländer müssen ihren Einsatz gegen Arbeitslosigkeit, Inflation, Budgetdefizit und die oft bestehenden Ungleichgewichte zwischen der Spar- und Investitionsrate verstärken.
- Wirtschaftliches Wachstum muß zur Bewahrung der Umwelt beitragen; eine ökologische Erneuerung der Industriegesellschaften ist ebenso unabdingbar wie eine gemeinsame Politik gegenüber den globalen Umweltbedrohungen; die OECD soll Berichte über den Stand der Umwelt in den einzelnen Mitgliedsländern veröffentlichen.
- Hinsichtlich der zentral- und osteuropäischen Länder wird auf eine Marktöffnung der OECD-Länder, eine Intensivierung der technischen und finanziellen Zusammenarbeit sowie eine bessere Koordinierung der Unterstützungsmaßnahmen gedrängt.

Gegenüber den Entwicklungsländern fordert die Versammlung von den OECD-Ländern eine qualitativ bessere und finanziell höhere Hilfe, die insbesondere jenen zugute kommen soll, die sich um soziale Gerechtigkeit, Demokratie und Menschenrechte sowie um öko-verträgliche Entwicklungsstrategien bemühen; außerdem sollen die Länder, die strukturelle Anpassungsmaßnahmen durchführen, vor allem auf den Gebieten Gesundheit, Bildung und wirtschaftliche

und soziale Abfederung unterstützt werden. Letztlich seien substantielle Schuldenerleichterungen nötig.

Aus meiner Sicht konnte der Resolution auch deshalb zugestimmt werden, weil in ihr die Sprengkraft des Nord-Süd-Konfliktes erkannt wurde und wichtige Maßnahmen einer wirtschaftlichen und sozialen Entspannungspolitik vorgeschlagen werden.

Mit dem Fall der Berliner Mauer ist zwar der Kalte Krieg zu Ende gegangen, aber jetzt wird immer deutlicher, daß es Vorhänge der Armut gibt, die die Welt teilen. Die Oder-Neiße-Grenze ist keine politische, keine ideologische Grenze mehr, sie ist jedoch zu einem Rio Grande in Europa geworden. Das Mittelmeer stellt ebenfalls einen solchen Vorhang der Armut dar, der Nord und Süd teilt. Es gilt also, auch diese Vorhänge beiseite zu schieben und eine Menge von Bomben zu entschärfen: Armuts-, Verschuldungs-, ökologische und Bevölkerungsbomben.

(-/25. September 1991/rs/tr)

REZENSION

Gradwanderung: Weltordnung im Übergang

Friedensgutachten 1991. Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft (FEST); Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (HSFK) und Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK). Hrsg. von Johannes Schwerdtfeger, Egon Bahr und Gert Krell, Lit-Verlag, Münster/Hamburg 1991, 363 Seiten.

1990 hatten die Forscher der drei "führenden" deutschen Friedensforschungsinstitute, die alljährlich ein Gutachten zum Stand der friedenspolitischen Entwicklung in der Welt vorlegen noch in einem dramatischen Szenario Klimakatastrophe und Ozonloch an die erste Stelle der Gefahrenskala gerückt. Bei der Vorlage des fünften "Friedensgutachtens" in diesem Jahr zeigt der warnende Finger der Friedensforscher stärker auf die labile Ambivalenz einer Weltordnung im Übergang. Die schien noch vor Jahresfrist ungeahnt friedliche Entfaltungsmöglichkeiten zu bergen. Nun sind sie von einer Phalanx von Problemen im Gefolge des Golfkrieges nahezu verstellt.

Zwar konstatieren die Forscher positiv die mit der KSZE-Konferenz und der auf ihr angenommenen "Charta von Paris" bewirkte Auflösung des Ost-West-Konfliktes. Doch die Perspektive eines positiven politischen Bilateralismus der amerikanisch-sowjetischen "Superpartner" (Gert Krell) scheint im Gefolge des Golfkrieges und des politischen Übergangs in Süd-, Mittel- und Osteuropa mit seinem gefährlichen Machtvakuum einigermmaßen verhaselt. Das Augenmerk liegt auf den neuen Konfliktpotentialen: zunehmende Verarmung, Renationalisierung und Remilitarisierung der weltweiten Konflikte lassen den Übergang zu einer neuen Weltpolitik in den Augen der Forscher zu einer gefährlichen Gradwanderung werden.

Neuer weltpolitischer Dualismus Nord-Süd?

Die weltpolitischen Schlußfolgerungen des Friedensgutachtens sind widersprüchlich. Die Friedensforscher warnen vor einer alarmistischen Überinterpretation der Folgen des Golfkrieges: Der Krieg sei "kein Nord-Süd-Krieg" gewesen und könne auch "nicht als Beginn einer weiteren Nord-Süd-Polarisierung der Weltpolitik" verstanden werden. Es gebe keinen "Trend zur Herausbildung eines neuen weltpolitischen Dualismus von der Art des West-Konfliktes (Lothar Brock, 99f), weil dem Nord-Süd-Konflikt die politisch-militärische Konsistenz des Ost-West-Konfliktes fehle. Neben allen hehren Menschenrechtsgrundsätzen habe seine Bedeutung vor

allem darin bestanden, "den Bedeutungsverlust militärischer Bestimmungsfaktoren der internationalen Beziehungen" abzubremsen.

Aber möglicherweise ist der Übergang zu einer neuen globalen Konfliktformation eingeleitet worden? Denn im gleichen Atemzug sprechen die Forscher von "Ansätzen eines Kulturkampfes zwischen Orient und Okzident" (89) und machen damit den Wandel gesellschaftlicher Faktoren und Bewußtseinslagen deutlich: Den von Feindbildern beispielsweise im Gefolge der bängstigen Migrationswellen. Und scheint sich nicht die ganze bislang die Ost-West-Richtung in einem schizophrenen Angstfrieden haltende Militärmaschine langsam aber sicher nach Süden zu drehen? Denn die Forscher weisen auf die nach Süden gerichteten "neuen Bedrohungsszenarien" (Lothar Brock, 102) und "neuen Machtprojektionen" (Bernhard Moltmann, 80) samt den entsprechenden Änderungen der militärischen hardware hin.

Sein besonderes Augenmerk richtet der Bericht auf die ökonomische Situation im Süden und die Probleme der ungerechten Weltwirtschaft. Sie sehen die Entwicklungsländer durch die Verschlechterung der terms of trade und die sozialen und ökologischen Folgekosten des Golfkrieges zusätzlich benachteiligt. Sie beschleunigen die Abwärtsspirale aus Verarmung, ökologischem Raubbau und zunehmender Konfliktrichtigkeit. Dazu kommt eine gestiegene Kriegsdynamik im Süden. Dessen Konflikte lösen sich aus dem Schatten des Ost-West-Konfliktes, "autonomisieren" sich. Die Tendenz einer westlichen Vorbildern nachgeahmte Politik der "nationalen Sicherheit" mit regionalen Rüstungswertläufen und der nachfolgenden Erosion des atomaren Nichtwelterbreitungsregimes verstärkt sich.

Angesichts dieser Konflikte warnen die Forscher vor den wiederum durch den Golfkrieg deutlich gewordenen Ambivalenzen der weltpolitischen Neuordnungsvorstellungen der USA, die nicht "das alte Konzept der US-Sicherheitspatronage" (92) zuließen. Sie fordern eine Neuorientierung der Entwicklungspolitik mit einer Anti-Armut-Schwerpunktsetzung "partiell gegen den Weltmarkt" (Hans Diefenbacher, 24). Widersprüchlich erscheint aber die Forderung nach der Neuordnung im Osten zu "funktionierenden Marktwirtschaften" (Hans-Joachim Spanger, 181), werden doch in einem entsprechenden Beitrag die verheerenden globalen ökologischen Folgen eben dieses Systems aufgezeigt.

Allen Umsteuerungsnotwendigkeiten entgegen steht das westliche Beharren auf dem System der Abschreckung. Das hat die Forderung der Forscher nach dem Bruch mit ihr verfestigt. Im Abrüstungsbereich konstatieren sie eine Stagnation bei konventioneller Abrüstung und START. Auf der Tagesordnung stehen neue Begründungen der Rolle des Militärs durch die NATO entgegen dem positiven Signal des NATO-Gipfels von London und die qualitativ effektivere Umrüstung des Militärpotentials. Das Indiz: Ein immenses Wachstum der Etats für militärische Forschung und Entwicklung. Götz Neuneck warnt in einem hervorragenden Beitrag zu neuen Rüstungstechnologien vor der Gefahr einer minderen Konfliktschwelle, die das High-Tech-Militär der Zukunft birgt.

Gerade deshalb ist die Formulierung, in einem zukünftigen System der Friedenssicherung den militärischen Sicherheitsüberlegungen nicht erneut den Stellenwert einzuräumen" (Lothar Brock 104), die Forderungen nach gesamteuropäischen Sicherheitsstrukturen und ausschließlich politischer Konfliktregelung außerhalb der Institutionen des Kalten Krieges, die den Wandel zur Entmilitarisierung stoppen wollen, von großer Bedeutung. Mit den aufgezeigten Zusammenhängen machen die Forscher darauf aufmerksam, daß Friedensstrategien der Zukunft nur dann Erfolg haben werden, wenn sie zusätzlich zur politisch-militärischen Ebene auch ökonomisch und sozial im Sinne eines zivilisatorischen Umbaus angelegt sind. Eine neue Friedensordnung, so hat es Gert Krell unüberhörbar festgestellt, trägt nicht "ohne die Rekonstruktion der Weltwirtschaft" (Gert Krell, 66).

Wenn man sich über die Durchsetzungschancen solcher Veränderungen Gedanken macht, wird automatisch die Bedeutung einer positiven Rolle Europas für diese friedensfähige Zivilisationsentwicklung deutlich. Europa scheint in dem Ensemble der weltpolitisch relevanten Kräfte noch am ehesten in der Lage, wenigstens Weichen für eine neue Entwicklungsrichtung zu

stellen. Als wichtigste konkrete Politikempfehlungen für eine solche Wende seien deshalb die Weiterentwicklung des KSZE-Prozesses insbesondere im Bereich der Konfliktlösungsinstitutionen, die Aufstellung einer ausschließlich zivilen europäischen Einheit zur Lösung humanitärer Aufgaben in Krisengebieten, Einrichtung von Fonds für die Entwicklungsländer für Energie und Sozialalternativen.

Weißer Fleck: Gesellschaftliche Friedensarbeit

Wie schon im letzten Jahr, so zeichnet sich auch das diesjährige Gutachten durch seine ausgeprägt statistische Sichtweise aus. Nahezu alle Appelle zum politischen Handeln richten sich an die Bundesregierung. Staat und staatliches Handeln stehen im Vordergrund der Analyse. Kaum als Adressat noch gar als systematisch durchleuchteter Untersuchungsgegenstand tauchen andere Träger gesellschaftlicher Friedensarbeit und -politik auf. Von der Regierung (sic!) wird im Zusammenhang mit der Entwicklung in Osteuropa kurz und knapp die Forderung nach einem "Beitrag zur Stabilisierung und Entstehung 'ziviler Gesellschaften'" (Hans-Joachim Spanger, 191) gefordert. Bis ins eigene Land reicht dieses Interesse nicht.

Die weltweiten Friedensdemonstrationen gegen den Golf-Krieg werden im Gegensatz zu dem Hang zu akribischer Empirie und Vollständigkeit des Gutachtens weder erwähnt noch in der Zeittafel aufgeführt, die ansonsten jede noch so unwichtig erscheinende Auslandsreise der Regierungspolitiker verzeichnet. Einzig Bruno Schoch von der Frankfurter HSK geht in einem kurzen Schenker kritisch auf die umstrittene Haltung der Friedensdemonstranten im Golf-Krieg ein. Ihr wirft er angesichts der klaren Aggression Saddam Husseins einen doppelbödigen und hilflosen Fundamentalismus mit der Gefahr von oben herab geführte Auseinandersetzungen mit den Orientierungs- und Strategieproblemen der Friedensbewegung zeigt so vor allem die Distanz zu dem gesellschaftlichen Phänomen sozialer Bewegung, dem ein Teil des Dank- und Strukturwandels zu verdanken ist, auf dem die Empfehlungen der Friedensforschung heute aufbauen können.

Diese ganz unwissenschaftlich stur zu nennende Abstinenz mag markt- und profilierungsstrategische Gründe haben. Möglicherweise wird auch gegenüber Regierung und Parlament ein "seriöseres" Erscheinungsbild angestrebt. Freilich wird dadurch eine eingeschränkte Rezeption in Kauf genommen, die wiederum nicht zu dem expliziten Selbstanspruch der Friedensforschung nach Adressatenvielfalt paßt. Verglichen mit dem Kommuniquéweihrauch aus den teuer alimentierten Apparaten von Regierung und Administration ist das Gutachten, an dessen Realisierung über dreißig ForscherInnen über ein Jahr lang gründlich arbeiteten, trotzdem eine beachtenswerte Leistung. Den zahlreichen im Friedensgutachten ausgesprochenen Empfehlungen an den Souverän sei deshalb die einer substantiellen Erhöhung der eher lächerlichen jährlichen Förderungssumme von drei Millionen Mark hinzugefügt.

Ingo Arend

(-/25. September 1991/rs/tr)
